

Im Gespräch mit: Christian Levrat und Gerhard Pfister

SP-Präsident Levrat kritisiert, von den höheren Kinderabzügen profitierten vor allem die Reichsten. CVP-Präsident Pfister verteidigt die Vorlage – und erklärt, warum er bei der AHV diesmal den bürgerlichen Schulterchluss sucht.

Höhere Kinderabzüge entzweien CVP und SP

Interview: Maja Briner und Doris Kleck

Beide kommen an diesem Vormittag pünktlich und etwas müde ins Bundeshaus. Der bald abtretende SP-Präsident Christian Levrat war am Vorabend in Herisau, CVP-Präsident Gerhard Pfister bei seiner Ortspartei. Sie begrüssen sich freundschaftlich, reden über dies und das. Geht es um Kinderabzüge, Heiratsstrafe und AHV, schenken sie sich aber nichts.

Herr Pfister, weshalb braucht es die Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs?
Gerhard Pfister: Es braucht eine Entlastung der Familien und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Kinderbetreuungsabzüge gehen immer etwas vergessen bei dieser Vorlage. Dabei sind sie wichtig. Es geht darum, die Vereinbarkeit zu stärken.

Die Erhöhung der Fremdbetreuungsabzüge kostet 10 Millionen, die Erhöhung des allgemeinen Abzugs 370 Millionen. Da ist es doch eine Farce, von der Vereinbarkeit zu reden.

Pfister: Nein, weil auch die Förderung der Familie ein wichtiges Anliegen ist. Und von Kosten zu sprechen, halte ich sowieso für falsch. Kosten sind es nur aus Sicht eines Finanzdirektors, der glaubt, die Steuergelder gehörten ihm: Mit dieser Vorlage bleibt mehr Geld bei den Steuerzahlern – es ist also eine Investition in die Zukunft.

Christian Levrat: Finanzminister Ueli Maurer hat es am treffendsten formuliert. Er sagte: Das ist keine Familienpolitik, keine Unterstützung des Mittelstands, sondern eine Entlastung von sehr gut situierten Steuerzahlern. Eine Steuersenkung, die proportional wirkt – je mehr Sie verdienen, desto stärker werden Sie unterstützt – kann man mir nicht unter dem Titel Familienpolitik verkaufen. Um wirklich zu profitieren, muss eine Familie mit zwei Kindern 160 000 Franken steuerbares Einkommen haben. Unter 80 000 profitieren sie gar nicht, zwischen 80 000 und 160 000 sehr wenig.

Macht die CVP Politik für die Reichen?

Pfister: Mehr als jede zweite Familie in diesem Land profitiert von dieser Vorlage. Heute zahlen Paare mit zwei Kindern ab 63 400 Franken steuerbarem Einkommen direkte Bundessteuer. Man kann auch nicht einfach sagen: Alles, was unter 500 Franken Ersparnis ist, sei keine wirksame Entlastung. Wir können auf Bundesebene nur jene Familien entlasten, die Bundessteuern zahlen. Sie sorgen dafür, dass sehr viele Familien keine Bundessteuern zahlen müssen und gleichzeitig von vielen staatlichen Leistungen profitieren können. Deshalb ist es auch in Ordnung, dass jemand, der mehr Steuern zahlt, etwas mehr entlastet wird.

Levrat: Wenn man Familien des Mittelstands unterstützen will, muss man auf andere Instrumente setzen. Wir müssen dafür sorgen, dass alle pro Kind den gleichen

Betrag bekommen, zum Beispiel über Kinderzulagen. Und Sie müssen mir nicht sagen, dass Familien mit 80 000 Franken steuerbarem Einkommen stark von staatlicher Unterstützung profitieren würden! Diese Familien zahlen die vollen Krippentariife, erhalten keine Prämienverbilligungen. Mit dieser Vorlage sparen sie 20, 40 Franken – das reicht vielleicht für eine Glace mit der Familie. Bei Bessergestellten reicht es für eine Woche Sommerferien.

Pfister: Die wirksamste Entlastung von Familien ist, wenn sie wenig oder gar keine Bundessteuern bezahlen.

In einem Punkt scheinen Sie sich einzig zu sein: Es gibt eine Art vergessenen Mittelstand, der nie profitiert.

Levrat: Er würde profitieren, wenn man auf andere Instrumente setzen würde: Erhöhung der Kinderzulagen, Entlastung bei den Krankenkassenprämien. Mit dieser Vorlage aber werfen wir Geld aus dem Fenster, um Topverdiener-Familien zu entlasten, die bloss sechs Prozent aller Haushalte ausmachen.

Pfister: Noch einmal: Mehr als jede zweite Familie in diesem Land profitieren von dieser Vorlage. Sie können nicht ernsthaft behaupten, jede zweite Familie gehöre zu den Topverdienern. Wir haben uns nie verschlossen, bei den Prämienverbilligungen für Familien anzusetzen. Auch eine Erhöhung der Kinderzulagen hat die CVP immer unterstützt. Wir sollten das eine tun und das andere nicht lassen.

Ein Doppelverdienerpaar mit 120 000 Franken steuerbarem Einkommen und zwei Kindern wird um fast 500 Franken entlastet. Ist das nichts?

Levrat: Ein steuerbares Einkommen von 120 000 Franken bedeutet ein Brutto-Einkommen von gegen 180 000 Franken. Das ist oberster Mittelstand. Aber gleichzeitig fehlen 370 Millionen Franken, um Familienpolitik zu machen, Kinderzulagen zu finanzieren, Krippenplätze zu fördern. Man kann den Leuten schon sagen: Du sparst 50 Franken, stimm zu! Aber am Schluss bezahlen diese Leute ein Mehrfaches.

Pfister: Sie sagen, wenn diese 370 Millionen wegfallen, verhindere man eine Erhöhung der Kinderzulagen et cetera. Dieses Argument halte ich gerade in Zeiten von Corona für eigenartig. Wenn man so argumentieren würde, müsste man sagen: Weil wir jetzt 20 Milliarden ausgeben haben, geht gar nichts mehr. Das ist absurd. Ich vernachlässige die finanziellen Folgen von Corona nicht. Aber die Schweiz kann sich das sehr gut leisten. Zudem: 500 Franken Entlastung ist für die Gegner der Vorlage offenbar nicht viel. Ich glaube, diese Beurteilung kann man den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern überlassen.

Levrat: Nein, 500 Franken ist sehr viel für viele Familien. Aber genau die Familien, die es nötig hätten, erhalten mit dieser Vorlage viel weniger oder sogar gar nichts. Mit 370 Millionen könnten wir die Kinderzulagen

gen um 265 Franken pro Kind und Jahr erhöhen. Familien mit bis zu 160 000 Franken steuerbarem Einkommen würde das mehr bringen als diese Vorlage.

Herr Pfister, Sie wollen den allgemeinen Kinderabzug erhöhen. Dabei müsste man doch Anreize setzen, dass Frauen mehr arbeiten.

Pfister: Wir erhöhen ja auch den Abzug für Drittbetreuung: von heute 10 100 auf neu 25 000 Franken. Damit können Kosten, die bei der familienergänzenden Kinderbetreuung effektiv anfallen, auch von den Steuern abgezogen werden. Das ist nur ein kleiner Teil der Vorlage...

Pfister: Das gehört genauso in die Vorlage. Und von wegen Herdprämie: Wir sind überhaupt nicht der Meinung, dass man bestimmte Familienmodelle vorschreiben soll. Mit dieser Vorlage zementiert man auch kein Rollenverständnis. Sondern man verbessert, gerade mit der Erhöhung des Drittbetreuungsabzugs, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Beide Massnahmen werden mit dem Referendum in Frage gestellt.

Levrat: Es ist effektiv eine Art Herdprämie. Ich kann damit leben, dass man die Drittbetreuungsabzüge erhöht. Was wir für mittelständische Familien aber wirklich brauchen, sind kostenlose Krippenplätze. Wir müssen Kitas mit staatlichen Mitteln finanzieren, das ist die wirksamste Unterstützung für mittelständische Familien. Von der Erhöhung des Fremdbetreuungsabzugs auf 25 000 Franken profitieren nur wenige Familien mit hohen Einkommen.

Pfister: Kinderbetreuung ist gerade für Familien teuer, die keine Vergünstigungen erhalten. Die CVP hat Anschubfinanzierungen für Kinderkrippen immer unterstützt. Aber: Die Krippen sind in der Verantwortung der Kantone. Es braucht in Genf nicht die gleichen Strukturen wie in Appenzell.

Die CVP will ja auch die Heiratsstrafe abschaffen. Wäre es nicht besser, die 370 Millionen dafür vorzusehen?

Pfister: Bei der Heiratsstrafe müssen wir vorwärtsmachen. Doch es ist ein Projekt, das vor allem für die AHV eine fundamentale Änderung bewirkt: Ehepaare sollen zwei volle Renten erhalten statt andert-halb. Das ist ein Grund, weshalb die CVP nochmals eine Initiative lancieren wird. Zu sagen, wir sparen jetzt diese 370 Millionen Franken, damit das Parlament irgendwann vielleicht einmal die Heiratsstrafe abschafft: Diesen Glauben habe ich verloren.

Levrat: Wir werden bei der Heiratsstrafe eine Lösung finden müssen. Doch wir haben zwei Fronten: Die Konservativen – CVP und SVP – wollen eine Lösung mit einem Ehegattensplittung, die Liberalen und die Linken eine Individualbesteuerung.

Pfister: Für uns ist bei der Heiratsstrafe der AHV-Teil mindestens gleich wichtig wie der Steuerteil.



Christian Levrat

Christian Levrat (50) ist verheiratet und hat drei Kinder. Er studierte in Fribourg Rechtswissenschaft und schloss das zweisprachige Lizenziat ab. Anschliessend hängte er ein Studium der Politikwissenschaften an der University of Leicester an. Seine politische Laufbahn startete Levrat bei den Freisinnigen, erst später wechselte er zu der SP. 2000 bis 2004 war er im Verfassungsrat des Kantons Freiburg tätig, den er 2003 präsidierte. Seit 2003 ist er Nationalrat, seit 2008 SP-Partei-präsident. Im November 2019 gab er bekannt, dass er sich als Präsident nicht mehr zur Wiederwahl stellen würde. Wegen Corona wurde die Wahl auf Oktober verschoben. Seine Nachfolge tritt höchstwahrscheinlich das Duo Mattea Meyer und Cédric Wermuth an.

Sie sind sich bei den Kinderabzügen überhaupt nicht einig: CVP-Präsident Gerhard Pfister (l.) und SP-Präsident Christian Levrat diskutieren im Bundeshaus.

BILD YOSHIO KUSANO

Bei der Reform der AHV will die CVP mit FDP und SVP zusammenspannen.

Gerhard Pfister

Gerhard Pfister (57) ist verheiratet. Er studierte in Fribourg Literatur und Philosophie und doktoreierte über den Schriftsteller Peter Handke. Er absolvierte auch den Lehrgang Schulmanagement für Schulleiter des Instituts für Wirtschaftspädagogik der Uni St. Gallen (HSG). 1999 übernahm Pfister das CVP-Präsidium des Kantons Zug, seit 2003 gehört er dem Nationalrat an. Am 23. April 2016 wurde er zum Präsidenten der CVP Schweiz gewählt.

wenn man eine ausreichende Kompensation bezahlt.Was finden Sie ausreichend? 400 oder 700 Millionen oder gar eine Milliarde Franken?

Pfister: Wir stehen erst am Anfang. Ich halte es persönlich für schwierig, eine tiefere Kompensation vorzuschlagen als der Bundesrat (Anm. der Redaktion: 700 Millionen).

Levrat: Gut, dann können Sie sich bereits darauf vorbereiten, mit uns das Referendum zu ergreifen! Zurzeit zeichnet sich eine deutlich tiefere Kompensation ab, als der Bundesrat vorschlägt.

Und jetzt, Herr Levrat, wollen Sie der CVP bei den Steuerabzügen eine deutliche Niederlage zufügen, um die Partei wieder auf ihre Linie bei der AHV zurückzuführen?

Levrat: Nein. Es ist eine nötige Abwehrreaktion gegen einen demokratischen Coup, der bei uns nicht passieren sollte. Man muss über die Vorgeschichte dieses Steuerabzugs reden: Auf dem Abstimmungszettel steht immer noch Drittbetreuungsabzug. Die Erhöhung des allgemeinen Steuerabzugs kam in letzter Minute via Einzelantrag, ohne Vernehmlassung, ohne Bericht des Bundesrates, in die Vorlage. Das darf nicht Schule machen. Wir können so nicht politisieren, sonst kommt es zu einer Verleugung unsers Systems.

Pfister: Hier von einem demokratischen Coup oder Skandal zu sprechen, halte ich grad von jemandem wie Herrn Levrat, der jahrelang ein Meister war im Organisieren von parlamentarischen Mehrheiten ...

Levrat: ...so habe ich das nie gemacht! Ich habe immer nach den Spielregeln gespielt. Ihr habt ein grobes Foul gemacht!

Pfister: Sie waren und sind immer noch in der Lage, die Spielregeln selbst festzulegen.

Herr Pfister, was werden Sie vermissen, wenn Herr Levrat weg ist?
Levrat: Ich bin nicht weg!

Pardon, als Parteipräsident!

Pfister: Man muss schon aufpassen, dass man den abtretenden Präsidenten nicht zu erklären beginnt. Was ich bei Christian Levrat und auch bei Albert Rösti geschätzt habe, ist, dass wir bei allen Meinungsunterschieden Verlässlichkeit und Vertrauen aufbauen konnten. Vertrauen heisst, dass man Einblick bekommt, was mit einem Partner möglich ist und was nicht. Das ist wichtig für das politische System. Als Präsident muss man Präsident für alle sein, deshalb mittelt man sich ein. Ich bin deshalb sehr zuversichtlich, dass sich auch Levrats Nachfolger einmitten werden, wenn sie ein gutes Co-Präsidium sein wollen.

Herr Levrat, Sie politisieren konsequent links. Waren Sie tatsächlich eingemittelt?

Levrat: Von einer Aussenseiterposition kann man nicht eine Partei führen. Die Einmittlung findet von beiden Seiten statt. Man wird eingemittelt, hat aber auch Einfluss auf die Positionierung der Partei. Darüber hinaus teile ich die Einschätzungen von Gerhard Pfister. Die Verbindlichkeit und Verlässlichkeit sind zentral für unser politisches System. Es braucht Akteure, die sich nicht im Tagesrhythmus äussern, um Medienpräsenz zu erhalten.

«Mehr als jede zweite Familie in diesem Land profitiert von dieser Vorlage.»

Gerhard Pfister
CVP-Präsident

«Mit dieser Vorlage werfen wir Geld aus dem Fenster, um Topverdiener-Familien zu entlasten.»

Christian Levrat
SP-Präsident

Welche Familien profitieren von den Kinderabzügen?

Um Familien zu entlasten, sollen zwei Kinderabzüge bei den direkten Bundessteuern erhöht werden. Weil die SP das Referendum ergriffen hat, kommt die Vorlage am 27. September an die Urne. Es geht dabei um zwei Elemente: Erstens soll der maximale Abzug für die Drittbetreuung von 10 100 auf 25 000 Franken steigen pro Kind. Davon profitieren Familien mit hohen Kita-Kosten. Diese Massnahme ist unbestritten. Anders der zweite, gewichtigere Teil der Vorlage: Der allgemeine Kinderabzug soll von 6 500 auf 10 000 Franken steigen. Gemäss Schätzungen hat dies 370 Millionen Franken Steuerausfälle pro Jahr zur Folge.

Das Parlament hatte dieses Element kurzfristig eingebaut, dank eines Einzelantrags aus der CVP. Entlastet würden dadurch alle Familien, die direkte Bundessteuern bezahlen. Das sind fast 60 Prozent. Wie gross die Ersparnis ist, hängt vom Einkommen und der Anzahl Kinder ab. Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem steuerbaren Einkommen von 80 000 Franken würde gemäss Verwaltung 257 Franken weniger zahlen (siehe Grafik). Maximal beträgt die Entlastung bei zwei Kindern 910 Franken pro Jahr. Familien mit tiefen Einkommen zahlen keine Bundessteuern, für sie bringt die Massnahme daher keine Entlastung. (mjb)

So viele Steuern würde ein Ehepaar bei der Erhöhung des allgemeinen Kinderabzugs sparen (in Franken)

